

Einleitung

Zum Thema

Weit mehr als dies heute zur Kenntnis genommen wird, wird die rückläufige Entwicklung der Bevölkerung Struktur und Gestalt der deutschen Städte verändern. Wo sich solche Veränderungen bereits andeuten, werden sie, ebenso wie die Auswirkungen des ökonomischen Strukturwandels, mit denen sie sich zeitlich und räumlich oft überschneiden, meist unter dem Stichwort „Stadtumbau“ thematisiert. Obwohl der Begriff „Stadtumbau“ – in deutlicher Abgrenzung zum Begriff „Stadterneuerung“ – ursprünglich nicht auf eine Erhaltung, sondern auf eine Anpassung der überkommenen Strukturen an veränderte sozio-ökonomische Rahmenbedingungen angelegt war, spielen strukturelle Gesichtspunkte bei der Bewältigung des Stadtumbaus heute noch eine relativ geringe Rolle. Auch die Dynamik der Veränderungen, die jede Anpassung mit sich bringt, wird selten berücksichtigt. Dies gilt auch für städtebauliche Entwicklungsplanungen, die, wie die meisten Flächennutzungspläne, mindestens auf zehn bis fünfzehn Jahre angelegt sind, und es gilt auch für Städte, in denen bereits abzusehen ist, daß eine Abnahme der Einwohner und Beschäftigten nicht mehr, wie bisher, durch Abnahme der Belegungs- und Nutzungsdichte im Bestand aufgefangen werden kann, sondern Leerstände, Baulücken, auch größere Brachen zur Folge haben wird, die tief in das bestehende Stadtgefüge eingreifen.

Aber auch dort, wo sich Städte mit unverstelltem Blick, Mut und Phantasie der Einsicht stellen, daß nicht jede Vergangenheit eine Zukunft haben kann und sie daher nach neuen Konzepten für die Gestaltung des Stadtumbaus suchen, können sie sich keineswegs allgemeiner Zustimmung sicher sein. Exemplarisch hierfür ist der Begriffswandel, den der Begriff der „perforierten“ Stadt¹, der auch diesem Buch lange Zeit als Arbeitstitel diente, in der kurzen Zeit seiner Existenz erfahren hat. Er diente zunächst nur der möglichst anschaulichen Beschreibung eines Zustandes, der in

vielen ostdeutschen Städten bereits seit längerem Wirklichkeit war, daß sich nämlich durch Verfall und Abriß gerade inmitten der ehemals dicht bebauten inneren Stadt Löcher gebildet hatten, kleinere und größere, für die sich nur schwer neue Nutzungen finden ließen.² Wer sich etwa nach einem Gang durch Teile des Leipziger Ostens den Anblick, der sich ihm dort geboten hatte, bildlich zu vergegenwärtigen suchte, der konnte der Bezeichnung als durchlöcherter, als perforierte Stadt eine unmittelbare Evidenz kaum absprechen.

Es dauerte allerdings nicht lange, bis der Begriff seine Unschuld verlor. Als im Zuge des sich fortsetzenden Verfalls nicht nur weitere Häuser ruinös, sondern auch abgerissen und die Löcher damit größer wurden, begann sich der Protest gegen diese Abrisse am Begriff der perforierten Stadt festzumachen. Perforation wurde von einem deskriptiven in einen normativen Begriff umgedeutet. Perforation war nicht mehr Zustand, sondern ein Leitbild, dem jeder, der an der Rekonstruktion der europäischen Stadt interessiert war, nur den Kampf ansagen konnte. Wo man solchen Mißverständnissen aus dem Weg gehen wollte, wurde daher aus der perforierten Stadt die „Stadt im Übergang“ oder die „Stadt in Transformation“ oder, wie hier, die gelichtete Stadt. Die Löcher aber wurden damit nicht gefüllt, die Aufgabe, sie in Potentiale für neue Nutzungen umzudenken, nicht erleichtert, die Frage, ob und wie alte und neue Nutzungen in einen neuen strukturellen Zusammenhang zu bringen seien, nicht beantwortet.

Mit der Frage nach den Potentialen, die auch und gerade Leerstellen in der Stadt bieten, ist zugleich eine Ab- und Eingrenzung gegenüber dem Begriff der Schrumpfung verbunden, der inzwischen die öffentliche Diskussion beherrscht. Auch wenn man, in bewußter Verkürzung des Begriffs, als Schrumpfung vorrangig die Auswirkungen des Bevölkerungsrückgangs bezeichnet, können sich diese in fast allen Funktionen, Formen und Prozessen, in denen sich Stadt manifestiert, niederschlagen. Die gebaute Stadt und die Leerstellen, die Schrumpfung dort hinterläßt, ist nur eine davon. Wenn also ein Oberbegriff für die Gesamtheit der Erscheinungen, die ein dauerhafter Bevölkerungsrückgang (voraussichtlich) mit sich bringt, benötigt wird, soll daher auch hier von Schrumpfung gesprochen werden. Dabei wird in Kauf genommen, daß in einer großen Zahl der Städte, die sich mit Schrumpfungsprozessen auseinandersetzen haben, die eher demographisch bedingten Auswirkungen nur schwer von den Auswirkungen eines noch nicht bewältigten sozio-ökonomischen Strukturwandels, dem Verlust von Arbeitsplätzen und der Abwanderung von Arbeitskräften, zu trennen sind.³ Noch weniger gilt dies für die vermeintlichen

und wirklichen Überschneidungen der schrumpfenden mit der „postindustriellen“ oder der „postmodernen“ Stadt, Kürzeln für hochkomplexe Prozesse, die keineswegs eindeutig mit Veränderungen des generativen Verhaltens verbunden sind.

Diese Art von Überschneidungen wird es auch in Zukunft geben, vielleicht noch mehr als bisher. Auch in den Teilen der Bundesrepublik, die aus demographischen Gründen an Bevölkerung verlieren werden, wird es weiter Städte und Regionen geben, die noch wachsen, sei es, daß sie über eine besondere Standortgunst, über besonders zukunftssträchtige Industrien oder auch über Programme und Projekte verfügen, die Wachstumskräfte stimulieren, Arbeitskräfte anziehen, Binnenwanderungen auslösen. Wirtschaftswachstum allein ist aber keine dauerhafte Garantie für Bevölkerungswachstum. Selbst Städte, die sich, zum Beispiel, mit Erfolg der Produktion von „Wissen“ verschrieben haben, einer Produktion, bei der es weniger auf die Zahl als auf die kreative Intelligenz der Köpfe ankommt, können Einwohner verlieren. Daher wird, wer analytisch und längerfristig denkt, demographische und sozio-ökonomische Prozesse zunächst differenziert betrachten und dies bei der Entwicklung seiner Konzepte und Strategien berücksichtigen müssen.

Die Notwendigkeit einer solchen Differenzierung wird besonders deutlich, wenn man faktisch oder potentiell schrumpfende Städte in einem an Bevölkerung verlierenden Land wie der Bundesrepublik mit Städten wie Manchester oder Detroit vergleicht, die in den letzten Jahren als bevorzugte Bezugspunkte und Beispiele für den erfolgreichen Umgang mit massiven Bevölkerungsverlusten galten. In beiden Fällen handelt es sich um Städte, die im Zuge eines tief greifenden sozio-ökonomischen Strukturwandels massiv Einwohner, Arbeitsplätze und Betriebe verloren hatten, Detroit eher gegenüber seinem Umland, Manchester auch gegenüber anderen Teilen des Vereinigten Königreichs, beide aber vor dem Hintergrund einer insgesamt noch wachsenden Bevölkerung – als „hohle Kerne einer sich nach wie vor dynamisch entwickelnden Region“ (Jessen).⁴ In beiden Fällen war also zumindest potentiell eine Dispositionsmasse vorhanden, die mit geeigneten Anreizen in die geschrumpften Städte zurückgeholt werden konnte, ohne daß damit andernorts andere Städte um so nachhaltiger schrumpfen mußten. In Ländern, in denen es diese Dispositionsmasse nicht mehr gibt, in denen jeder zusätzliche Einwohner hier einen Einwohner weniger dort zur Folge hat, in denen daher alle Städte um die gleichen knappen Einwohner konkurrieren, dürften solche Anreize weit schwerer zu schaffen und noch schwerer mit öffentlichen Mitteln zu subventionie-

ren sein – und auch die Erfolge weniger begeistern. Das spricht nicht dagegen, den Wandel einer Stadt wie Manchester von einer ausgedienten Kapitale des Industriezeitalters zur „aufregendsten und unkonventionellsten“, zur „regeneration capital“ Englands⁵ zu bewundern, genau zu verfolgen und die Ideen und Initiativen, die diesen Wandel bewirkt haben, auf ihre Übertragbarkeit auf andere Städte und Länder hin zu überprüfen.

Wenn allerdings nach Methoden und Verfahren gesucht wird, mit deren Hilfe der spezifisch deutschen, und das heißt: der mit einem generellen Bevölkerungsrückgang verbundenen Erscheinungsform schrumpfender Städte zu begegnen ist, so bietet sich dafür eher ein Blick nach Ostdeutschland an. Allerdings hat ein Vergleich dessen, was dort bereits Wirklichkeit ist, mit dem, was früher oder später auch in Westdeutschland Wirklichkeit werden wird, Vorteile und Nachteile zugleich. Er hat den Vorteil, daß der schockartige Bevölkerungsrückgang, der in Ostdeutschland durch die Gleichzeitigkeit von Geburtendefiziten, Deindustrialisierung und Abwanderung ausgelöst wurde – und die damit verbundenen baulich-räumlichen Verwerfungen – nicht nur eindrückliches Anschauungsmaterial bieten, sondern auch ein weit schnelleres und radikaleres Umdenken erforderlich machten als die eher schleichenden Schrumpfungsprozesse, die auch schon in Westdeutschland zu beobachten sind. Ohne diese Bereitschaft zu schnellem Umdenken hätten auch die gesetzlichen Regelungen für Stadtumbaumaßnahmen bei städtebaulichen Funktionsverlusten, die sich aus einem „dauerhaften Überangebot an baulichen Anlagen für bestimmte Nutzungen, namentlich für Wohnzwecke“ ergeben (BauGB § 171a), kaum so schnell und ungeschönt in das Baugesetzbuch Eingang gefunden, hätte aber auch das Programm „Stadtumbau Ost“ kaum so schnell aufgelegt und mit (relativ) reichlichen Mitteln ausgestattet werden können. Und es hat den Vorteil, daß die positiven wie negativen Erfahrungen, die mit dem Programm gemacht werden, sorgfältig registriert und Lehren daraus gezogen werden können.

Es hat aber auch den Nachteil, besser: es bietet wenig Anhaltspunkte für eine Abschätzung der vielfältigen politischen, ökonomischen, sozialen, auch sozialpsychologischen Reaktionen und Reaktionen auf Reaktionen, die der eher schleichende Bevölkerungsrückgang in Westdeutschland in seinem Verlauf auslösen dürfte, Reaktionen, die zwar den fürs erste weitgehend vorprogrammierten Bevölkerungsrückgang nicht aufhalten, aber (auch) in seinen baulich-räumlichen Erscheinungsformen und Auswirkungen wesentlich modifizieren – und immer wieder ein Umdenken erforderlich machen – können.

Insofern ist es kein Wunder, daß man sich selbst in ostdeutschen Städten, die bereits bis zu einem Drittel ihrer Bevölkerung verloren hatten, lange Zeit gescheut hat, teilweise auch heute noch scheut, grundsätzlicher über neue stadträumliche Konzepte nachzudenken. Niemand könne, so heißt es dort oft, heute schon übersehen, welche neuen Nutzungswünsche und Nutzungsmöglichkeiten sich aus dem Umgang der Stadtbewohner mit einem nie gekannten Überfluß an verfügbaren Flächen ergeben würden, niemand dürfe dem bereits Fesseln anlegen. Und wer die Ergebnisse der zahlreichen Aktionen, Projekte, Wettbewerbe, Werkstätten verfolgt, durch die die Bürger angeregt werden sollen, neue Verwendungsmöglichkeiten für leer stehende Gebäude, neue Nutzungen für brach gefallene Grundstücke zu (er)finden, der wird auch von dem kreativen Potential beeindruckt sein, das dabei zutage tritt, und auch von den Entwicklungsimpulsen, die dadurch ausgelöst werden. Er (oder sie) wird sich aber auch fragen, ob dieses Potential ausreichen kann – oder auch nicht damit überfordert ist –, ganze Stadt-Teile, deren städtebauliche Funktion in Frage gestellt ist, nicht nur im ökonomischen Sinne des Wortes wieder in Wert zu setzen.

So wenig Zweifel bestehen können, daß ohne die aktive und kreative Mitwirkung der Bürger keine neue In-Wert-Setzung gelingen kann, so wenig man auch davon absehen kann, daß die wachsenden Wahlmöglichkeiten auf dem Wohnungsmarkt den Bewohnern einen Machtzuwachs beschert haben, der über eine Mit-Wirkung weit hinaus geht – die spezifische Funktion der räumlichen Planung, und das heißt hier: die Umsetzung jedweder Nutzungsvorschläge und Nutzungswünsche in in sich möglichst widerspruchsfreie räumlich-funktionale Nutzungsmuster können sie nicht ersetzen. Je kleinteiliger, kurzfristiger und „innovativer“ die neuen Nutzungen und die neuen Stadträume sind, die sich als temporärer oder dauerhafter Ersatz bei städtebaulichen Funktionsverlusten herausbilden, um so unerlässlicher sind anpassungsfähige und „fehlerfreundliche“ Konzepte, die die darin enthaltenen Potentiale in gesamtstädtische Entwicklungskonzepte einbinden, ihnen aber trotzdem eigenständige Entwicklungsmöglichkeiten belassen. Unerlässlich sind solche Konzepte aber auch deshalb, weil sich sonst der Umgang mit den Auswirkungen des Bevölkerungsrückgangs vorrangig an den betriebswirtschaftlichen Kalkülen der Wohnungswirtschaft oder auch der großen Versorgungsunternehmen orientieren könnte, ob diese nun den Interessen und Vorstellungen der zur kreativen Mitwirkung aufgerufenen Bevölkerung entsprechen oder nicht.

Angesichts der entscheidenden Bedeutung, die der Nutzung und Gestaltung der wachsenden Frei-Räume innerhalb solcher Konzepte zukommt, ist allerdings die städtebauliche Planung im engeren Sinne damit schnell überfordert. Eine weit umfassendere Zusammenarbeit von Akteuren und Disziplinen ist erforderlich. Dabei kommt der Freiraumplanung eine Schlüsselrolle zu. Durch ihre stark an ökologischen und funktionalen Aspekten ausgerichteten Aufgaben hatte sich die Freiraumplanung in den 1970er Jahren stark vom Städtebau entkoppelt, die integrierte Entwicklung von Bau- und Freiraumstrukturen trat in den Hintergrund. Auch wenn inzwischen in Wettbewerben und in der Bauleitplanung eine Kooperation zwischen den Disziplinen und eine Berücksichtigung der Darstellungen von Landschaftsplänen erfolgt, bei der Entwicklung von städtebaulichen Konzepten auf gleicher Augenhöhe findet diese Zusammenarbeit noch zu wenig statt. Dabei wird es zukünftig darum gehen, neue Korrespondenzen zwischen Stadt und Freiraum in veränderter Maßstäblichkeit zu entwickeln. Darüber hinaus scheint gerade die Disziplin der Freiraumplanung besonders geeignet, um in die Auslichtungsprozesse unmittelbar einzugreifen und Projekte aus der Praxis heraus zu entwickeln.

Will man den Umgang mit den Auswirkungen des Bevölkerungsrückgangs nicht daran orientieren, wo gerade aus bautechnischen, funktionalen oder wirtschaftlichen Gründen Gebäude oder Gebäudegruppen zum Abriss anstehen, so ist es also unerlässlich, Konzepte für baulich-räumliche Strukturen und Prozesse zu entwickeln, die auch und gerade bei langen Übergangszeiten mit unsicherem Verlauf Orientierungshilfe leisten können. Dabei werden sowohl von der Dringlichkeit wie von der Schwierigkeit der Aufgabe her Konzepte für innerstädtische und innenstadtnahe Stadtteile, die langfristig von Auszehrung bedroht sind, besonderer Aufmerksamkeit bedürfen.

Für die Entwicklung solcher Konzepte ergeben sich zunächst folgende Leitfragen:

1. Wo, in welchen Teilen der Stadt werden sich Leerstände und Abrisse so häufen, daß sie die derzeitige baulich-räumliche und Nutzungsstruktur in Frage stellen?
2. Nach welchen baulich-räumlichen, funktionalen und strategischen Gesichtspunkten wären Strukturkonzepte zu entwickeln, die sowohl den heutigen Gegebenheiten Rechnung tragen als auch die Sicht auf eine andere Stadt eröffnen?
3. Wo sind Möglichkeiten und Ansätze zu erkennen, statt funktionslos gewordener baulicher Komponenten landschaftliche oder landschafts-

- ähnliche Elemente als konstituierende Elemente stadträumlicher Strukturen zu entwickeln?
4. Welche neuen Methoden und Instrumente erfordern Entwurfs- und Planungsprozesse, die immer wieder historisch neue Erfahrungen verarbeiten, klare Orientierungen für kurz- bis mittelfristige Lösungen vermitteln und dabei für eine ungewisse Zukunft offen bleiben müssen?

Aufbau des Bandes

Die damit skizzierten zentralen Fragen haben sich im Aufbau des Buches niedergeschlagen, auch wenn sich nicht allen Fragen mit der gleichen Tiefenschärfe nachgehen ließ.

Der Band beginnt mit einer Skizze der demographischen Rahmenbedingungen der Stadtentwicklung von *Erika Spiegel*. Diese werden, unter dem Stichwort „demographischer Wandel“, zurzeit zwar mit zunehmender Intensität, im Hinblick auf ihre Erscheinungsformen und Auswirkungen aber sehr selektiv diskutiert. Hier interessieren vor allem die Bedingungen, die die quantitative Entwicklung der Bevölkerung der Bundesrepublik entscheidend bestimmen werden, insbesondere die Höhe des Zuwanderungsgewinns aus dem Ausland, sowie die absehbare regionale und lokale Verteilung, die sich oft in einem Nebeneinander von Wachstum und Schrumpfung niederschlägt. Auch wird die Aufmerksamkeit darauf gelenkt, daß nicht nur die zunehmende Zahl der Alten und die abnehmende Zahl der Jungen die Altersstruktur prägen, sondern auch die gerade in den nächsten Jahren rapide abnehmende Zahl der 30- bis 45-Jährigen, die die wichtigste Nachfragergruppe nach Familienwohnungen auf dem Wohnungsmarkt stellen.

Den städtebaulichen Einstieg bildet ein historisch angelegter Überblick von *Gerd Albers* über die – im übrigen meist von Außenseitern stammenden – Strukturmodelle, mit deren Hilfe seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts versucht wurde, das Wachstum der Städte in geordnete Bahnen zu lenken. Daran schließt sich die Frage an, ob und in welchem Ausmaß derartige Modelle auch für die Lenkung von Schrumpfungsprozessen herangezogen werden könnten, und ob angesichts der landschaftlichen und historischen Eigenart sowie der zunehmend unterschiedlichen Entwicklungspfade und Entwicklungsziele der einzelnen Städte generalisierende Modellvorstellungen, welcher Art auch immer, überhaupt noch geeignet sein können, die künftige Entwicklung zu steuern.